

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Ar. 6 / 41. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Zugpreis
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Brückenstraße 10b
Fernsprecher: Morichplatz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mittelsche-Postenlos

Berlin, 11. Februar 1927

Hat der Kapitalismus bald abgewirkt oder ist er weiter beim Aufstieg?

Das die durch den modernen Privatkapitalismus Ausgebauten ein Interesse an einer klaren Antwort über diese Frage haben, bedarf keiner besonderen Begründung. Wir waren deshalb auch immer darauf bedacht, unsere Leser über alles, was in dieser Hinsicht Neues gesagt wird, nach Möglichkeit zu unterrichten. Vielfach wurde ja behauptet, der Kapitalismus sei zusammengebrochen, er habe abgewirkt. Betrachtet man diese Behauptung vom Standpunkte der Entbehrten dieser Erde, so trifft es sicher nicht zu, denn gerade die Macht des Kapitalismus hat sie ja entgegnen und treibt den großen Heere der Besitzlosen immer neue Scharen zu, die ihres Besten beraubt werden. Wenn man die Frage vom rein sozialen Gesichtspunkte aus betrachtet, dann haben sich die Kapitalisten niemals groß darüber den Kopf zerbrochen, wie ihre Experimente und Aktionen die große Masse des Volkes beinträchtigen. Insofern hat der Kapitalismus verlagert, solange er existiert, denn sein Prinzip ist darauf gerichtet, immer weiter zu werden.

In der „Deutschen Wirtschaftszeitung“, Nummer 4 vom 27. Januar, schreibt Herr Professor Dr. Ulfmann über die Frage: „Aufstieg oder Abstieg des Kapitalismus“. Er führt an, daß auf der Generalversammlung des Vereines für Sozialpolitik in Wien, im Herbst 1926, die Anschauung, daß der Höhepunkt des Kapitalismus überschritten sei, noch zahlreiche Anhänger, namentlich in Oesterreich, gehabt habe. Er führt da an den österreichischen Bundespräsidenten Dr. M. Heinisch, Professor Harnis, Hilferding, die auch von einer Wändlung des kapitalistischen Geistes gesprochen hätten.

Der Genossenschaftsgeist habe den kapitalistischen Geist schon halbwegs überunden.

Damit laufe man indes Gefahr, in das Bereich der Utopien zu geraten, was das Schlagwort „Kapitalismus“ schon nahelegt. Denn, so sagt Ulfmann, möchte leben der kapitalistischen Geist im wesentlichen in den Anschauungen der Arbeitgeber über ihre Stellung zu den Arbeitern, andere wieder in den „kapitalistischen“ Organisationen, den Kartellen, Trusts, Kongernen usw., kurz der Konkurrenz ist äußerst unklar.

Im allgemeinen sind alle wirtschaftlichen Erscheinungen und Veränderungen auf die Veränderung der Anschauungen der Menschen zurückzuführen, und diese verändern sich ständig, wenn auch sehr langsam. Die größere oder geringere Organisation der Einzelwirtschaften, Wandlungen im Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern und dergleichen Dinge sind aber nur sekundäre, also unbedeutende Erscheinungen und machen nicht das Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aus.

Diese Grundlage ist das private Gütervertragsstreben, das in gleicher Weise Arbeitnehmer wie Arbeitgeber besteht.

An sich ist das schon richtig, nur daß die Machtmittel dieser beiden „Streitenden“ so ungleich verteilt sind. Den sogenannten Arbeitgebern bevorzugt die Gesetzgebung der kapitalistischen Ordnung in jeder Hinsicht, aber in einseitiger Weise. Dafür nur ein kleines Beispiel: Der kapitalistische Gesellschaft gilt nichts heiliger als das sogenannte Eigentum, das heißt der Besitz an Sachwerten. Der sich daran vergreift, ist ein Dieb oder je nach Umständen ein Räuber, er wird streng bestraft und geächtet, wenn der Raub unmittelbar erfolgt und gegen den Wirtswirt der Gesetze verstößt, die speziell so abgefaßt sind, wie es den Wünschen der Besitzenden angenehm ist. Diese Gesetze haben aber breite Lücken und Wachen, durch welche die Besitzenden bequem hindurchschlüpfen können.

Es ist ihm ausdrücklich gestattet, die geistige und körperliche Arbeitskraft des Nichtbesitzenden sich zu einem guten, man darf sagen dem Löwenanteil anzuweihen. Dabei steht es ihm auch noch frei, soweit nicht besondere Schutzgesetze es zu verhüten suchen, dem Arbeiter die Gesundheit zu ruinieren und ihn sozusagen langsam, aber sicher zu morden. Und selbst diese Schutzgesetze, die erst mühsam von der organisierten Arbeiterkraft erkämpft werden müssen, sind oft nur weiße Salbe, Gesetze, die nicht und nicht genügend beachtet werden.

Diesen Raubbau und Diebstahl an der Volkskraft verhindern die Gesetze also nicht oder doch nicht ausreichend. Wie aber dem armen Teufel, der sich nur die geringste Möglichkeit vom sogenannten Privatigentum des Besitzenden aneignet. Er wird empfindlich von der Lust dieser böswertigen Gesellschaft bestraft.

Die heutige Gesellschaft hat sich Moralbegriffe zurechtgemacht, wie sie ihr bequem sind, sie sind somit in der Tat das Produkt der Anschauungen der jeweils herrschenden Klasse und daher auch der Veränderung fähig und, wie wir schon, auch sehr bedürftig.

Doch kehren wir zurück zu den Betrachtungen des Herrn Professors Ulfmann.

Er sagt weiter: Nach der üblichen Betrachtungsweise ist die freie Konkurrenz das Organisationsprinzip der heutigen Wirtschaftsordnung. Eines der mit Vorliebe dagegen geltend gemachten Argumente sei der Hinweis, daß diese freie Konkurrenz im Zeitalter der Trusts und Kartelle kaum mehr besteshe. Es folgen dann gelehrte Betrachtungen, aus welchen wir nur den Kern herauszuschälen können, um es unseren Lesern verständlich zu machen. Das Bestehen dieser Kartelle und Trusts solle zur Begründung dienen, daß die kapitalistische Entwicklung ihren Höhepunkt bereits überschritten habe.

Diese Auffassung sei zurückzuführen auf eine fundamentale Verwechslung des wirtschaftlichen und des technischen Kausalzusammenhanges, welche die ganze bisherige Wirtschaftstheorie durchzieht. Es handelt sich um die Ertragsverteilung und die Ertragsverteilung, in der die Verfallserscheinungen zu erblicken seien, was von den meisten schon mit einem Schritt zum Sozialismus gleichgestellt wird.

In den großen Kapitalgesellschaften und Kongernen erblicken sie schon die Tatsache, daß die Ueberwindung der individualistischen Wirtschaftsordnung im Gange sei. In diesen Kongernen fänden die Interessen der Gesamtwirtschaft eine viel größere Berücksichtigung, und damit sei schon der Grund gelegt zu einer sozialen Wirtschaftsordnung.

Es erfolgt ein Hinweis auf die Behauptung „Ford“ vom Dienst am Volk, selbst Professor Keynes habe das Wort von der Selbstsozialisierung der großen Unternehmen geprägt, oder wohl nur für Deutsche. Es sei möglich, daß dieses weitere Verwirrung in den Köpfen anrichtet, die an klaren Denken nicht gewöhnt sind.

An diesen Behauptungen sei nun richtig, daß es in den großen Kongernen oft mehr auf mögliche Stabilisierung der Erträge, als darauf ankommt, in jedem Augenblick die denkbar höchsten Erträge zu erzielen. Der Herr Professor sagt aber gleich hinzu, daß dies der Privatunternehmer auch tun muß. Richtig ist auch, daß die großen Kongernen oft mehr Rücksicht auf die Dessehnlichkeit nehmen müssen als kleine. Auch greift im großen Unternehmen leicht ein bürokratischer Betrieb um sich. Trotzdem sei es falsch, anzunehmen, daß nun Vertreter der Arbeiterkraft oder Staatsbeamte die Kongernen ebenfalls zu leiten könnten. Dazu seien auch heute in fast allen Erwerbszweigen leitende Persönlichkeiten erforderlich, die eigene Verantwortung nicht scheuen.

Da haben wir es, der Herr Professor scheint es darauf abgesehen zu haben, den Nachweis zu erbringen, daß die Arbeiterkraft sich ja nicht einbilden soll, in absehbarer Zeit an der Führung der Wirtschaft mitbestimmend zu werden. Als ob nicht gerade Leute, die aus der Arbeiterkraft hervorgegangen, die hervorragendsten Pioniere großzügiger Wirtschaftsentwicklung gewesen sind. Es erübrigt sich, dafür Namen anzuführen, die Tatsache ist allgemein bekannt.

Was übrigens die Ertragsverteilung anbelangt, so kann kein Argument darüber hinwegtäuschen, daß bei allen kapitalistischen Konzentrationsbewegungen die Ertragssteigerung der Hauptzweck der Aktion ist. Die professionelle Unternehmung vom Augenblick oder möglicher Stabilisierung der Erträge ist dabei nebensächlicher Natur, weil das eben auch von den Konjunkturen abhängt.

In den nachfolgenden Ausführungen gibt sich der Herr Professor weiter viel Mühe, um nachzuweisen, daß die großen Kongernen nicht das Ende der Individualwirtschaft bedeuten, selbst wenn sich die Leiter solcher Kongernen mit Stolz als Diener der Gesamtheit bezeichnen. Ein früherer Direktor des Norddeutschen Lloyd habe einmal erklärt, der Lloyd ist nicht da, um den Aktionären Dividende zu erteilen, sondern um Schiffahrt zu treiben. Das stelle das tatsächliche Verhältnis auf den Kopf, denn keiner von den Hunderttausenden von Aktionären, die der Lloyd in den 70 Jahren seines Bestehens hatte, hat wohl in anderer Weise Aktien erworben, als Dividende zu erhalten.

Der Gesamtheit dienen, das sind heute beliebte, schöne Phrasen, um damit das private Ertragsstreben zu verhüllen.

Die Arbeiter glauben doch nicht daran, aber sie glauben naturweise, das Ertragsstreben sei auf das Kapital beschränkt, und ihre Entlohnung sei nur Ausbeutung. Es ist deshalb falsch, das Ertragsstreben zu verurteilen, sondern den Arbeitern ist klarzumachen, daß es die Grundlage jeder tauschwirtschaftlichen Leistung ist und allein alle Kostenaufwendungen bestimmt und begrenzt.

Letzteres ist an sich wohl richtig, doch ist damit noch kein Beweis dafür erbracht, daß die privatkapitalistischen Konzentrationsbestrebungen nicht tatsächlich der Anfang beginnender Sozialisierung sind, ja daß wir uns schon stark in Bewegung dieser befinden. Denn die Bemühungen, diesen Tendenzen entgegenzuwirken, beweisen zur Genüge, wie man solchen Erscheinungen gegenübersteht. Na, und der Kapitalismus ist ja immer bemüht gewesen, sich die Wissenschaft für seine Sonderinteressen dienstbar zu

machen. Deshalb müssen eben alle Gerüchte von der Selbstsozialisierung der großen Kongernen betämpft werden.

Selbstverständlich gleichen heutzutage viele solcher Großbetriebe in Wahrheit Zucht- und Arbeitshäusern. Mit Lust und Freude wird dort nicht geschafft, sondern zu erwecken, das verstehen eben die modernen Betriebsleiter sehr selten. Es wird noch mächtiger Anstrengungen bedürfen, bis die Umstellung erfolgen kann.

Die Frage, ob das Kapital im Aufstieg oder Abstieg begriffen ist, wird also von Herrn Professor Ulfmann dahin beantwortet, das Kapital ist im Aufstieg, und von einem Abstieg oder gar Hinübergelassen zum Sozialismus kann keine Rede sein! — Wir lassen uns trotzdem den Glauben nicht rauben, daß einst die Zeit kommen wird, wo der Kapitalismus anderen Wirtschaftsformen Platz machen muß, sobald eben die Auffassung der Menschen diese Notwendigkeit erkannt hat.

Die Konzentration der Produktion führt zur immer größeren Proletarisierung der Bevölkerung und Bereicherung der Besitzenden. Dieser Zustand muß früher oder später eine Lösung finden, im Dienste und zum Wohle der gesamten Menschheit.

Handwerkschädlinge.

Im Heft 5 der „Deutschen Sattlerzeitung“ behandelt der Leitartikel diese Frage und wendet sich in sehr scharfen Worten, die wir in sehr vielen Punkten unterschreiben können, gegen Verhältnisse in den eigenen Reihen. Der Artikel schreibt wendet sich gegen die Amerikanisierung des Handwerks. Er sieht Handwerkskunst und Handwerksstücklichkeit annulliert durch die Schablonisierung der Arbeitsteilung, sagt aber dann weiter, daß man sich gegen das Neue, gegen die fortschreitende Technik und gegen aufkommende Ränke nicht grundlos stemmen solle. Des Weiteren verurteilt der Artikel den schwarzen Handel, der offen und verdeckt die Sattler- und Portefeuilleergewerbe schwer schädigt. Dann wird mit sehr anerkennenswerter Energie die Hand in eine der empfindlichsten Wunden des Handwerks gelegt, die Lehrlingszüchterei. Herr Reibestahl schreibt dazu:

„Doch Handwerkschädlinge gibt es auch unter uns selbst. Es sind die Kollegen, die keinen Gehilfen beschäftigen, sich aber gemühtig fühlen, möglichst viele Lehrlinge zu halten; sie beschern unserem Handwerk unzählige Gehilfen, aber tun nichts für deren Beschäftigung. Gegen Lehrlingszüchterei „engros“ muß sich das Handwerk ebenfalls wehren; denn man muß sich im Leben doch immer fragen, wohin die Sache führen kann. Es gibt viele Annungen, die schon einen diesbezüglichen Riegel vorgehoben haben und die Zahl der Lehrlinge abhängig von der Gehilfenzahl machen, und so muß es auch sein, da auch unser Handwerk eine Ausdehnungsgrenze gezogen ist.“

Wir wissen nicht, wo die Sattlerinnungen sind, die die Lehrlingszahl abhängig von der Anzahl der beschäftigten Gehilfen gemacht haben. Genau wissen wir jedoch, daß weder für die vorhandenen Sattlergehilfen noch für die Lehrlinge ausreichende Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sind.

Das nahende Ödern bringt vielen Eltern und Vormündern große Sorgen wegen der Berufswahl. Das Sattler- wie das Tapezierergewerbe bietet mit seinen unendlich vielen Kleinmeister eine schier unerhöpliche Aufnahmemöglichkeit für Lehrlinge. Da müssen wir mit Herrn Reibestahl fragen:

„Wohin aus soll diese Sache führen?“

In 41 Verwaltungsstellen des Disgauer wurden gezählt 398 Sattlermeister mit 230 Gehilfen und 322 Lehrlingen. Von den Gehilfen standen 173 in Arbeit, 57 waren arbeitslos. Die Möglichkeit, in der Lederwarenbranche oder in der Treibriemenbranche unterzukommen, ist gleich Null. Es wurden am Jahresabschluss im Disgau (immer ohne Groß-Berlin) gezählt:

123 arbeitslose Lederwarenattiler gegenüber 209 Beschäftigten,
15 arbeitslose Treibriemer gegenüber 87 Beschäftigten.

Dazu kommt noch eine größere Anzahl verkürzt arbeitender Gehilfen. Wo gehen nun die jungen Gehilfen hin, wenn sie auslernen. Darüber nur einiges aus den Berichten der Verwaltungsstellen. Aus Ostpreußen wird berichtet, daß die Verhältnisse tief traurig liegen. Lernet der Sattlerlehrling aus, so wird er in den meisten Fällen recht bald entlassen, weil er dem Nachwuchs Platz machen muß. Sind alle Möglichkeiten, anderswo Arbeit im Beruf zu bekommen, erschöpft, so winkt als letzte Rettung eine Stelle als Güterfaktier. Wahrscheinlich berichtet man uns aus Pommern. Dafür nur ein Beispiel: Eine der wenigen noch bestehenden Großsattlerereien mit sehr viel Güterfak-

schaft sah diese immer mehr zusammenschmelzen. Im der Ursache dieses Streikganges nachzuforschen, machte sich der Chef eines Tages auf die Tour, und was fand er? In den meisten Fällen saßen auf den Büchern seine eigenen früher ausgebildeten Lehrlinge als Güterfahrräder. Es dürfte dieser Fall keine Ausnahme sein. Kann man doch schon Inferate sehen, in denen ein junger Sattlergehilfe, vertraut mit allen Arbeiten der Handwerkskunst, Beschäftigung als Güterfahrräder sucht. Damit dürfte nimmere auch den Gütern, die für einen Sattler nicht volle Beschäftigung haben, gehalten sein. Sieht es nun nur in den 41 erkrankten Orten so aus? O nein! In den Kleinstädten und Dörfern steht die Zahl der Gehilfen zur Lehrlingszahl in einem noch viel ungünstigeren Verhältnis. Groß-Berlin hatte am Schlusse des Jahres 1926 212 Sattlerlehrlinge. Die Zahl der Gehilfen ist uns nicht bekannt, dürfte aber sehr bedeutend niedriger sein.

Am Tapezierergewerbe sieht es nicht besser aus. Festgestellt wurden in den 41 Verwaltungsstellen des Meines 782 Betriebe mit 971 Gehilfen und 320 Lehrlingen. Von den Gehilfen waren 319 arbeitslos, weitere 81 arbeiteten zum Teil sehr stark verkränkt. Auch hier nach der Beendigung der Lehre keine Möglichkeit, anderswo im Beruf unterzukommen. Das Endresultat ist Erwerbslosenerhöhung, Krisenfürsorge, und dann? Dann wird geflücht, um das nackte Leben zu fristen, und die Klagen über Handwerksabnahme beginnen auf der ganzen Linie.

Hier hilft keine noch so starke Kritik, hier muß der besseren Erkenntnis tatkräftiges Eingreifen der Jugendverbände folgen, um noch in zwölfter Stunde Remedeur zu schaffen.

Scharf wendet sich Herr Reibelschlag gegen die falligen Wägen, die das Submissionswesen treibt. Er sagt dazu: Man muß eine ausgeglichene Arbeit nicht um jeden Preis, nicht bloß um Arbeit zu haben, machen, sondern sie muß schließlich mindestens soviel abwerfen, daß man seinen Gehilfen und Lehrlingen und der Familie gegenüber gerecht zu werden vermag, um nach überdies keine Verpflichtungen dem Staat und der Stadt gegenüber erfüllen zu können; denn nur eine solche Grundlage ist berechtigt und moralisch.

Herr Reibelschlag kritisiert besonders die Verhältnisse auf dem flachen Lande. Gerade die Herren von Ur und Hahn, die sonst immer von Wohlstand für den Mittelstand, die Handwerksmeister, trafen, zeigen sich den Sattlermeistern gegenüber als die größten Preis- und Lohnrücker. Am liebsten möchten sie den Sattlerarbeiten dieselben Löhne zugrunde legen, die sie gewohnt sind, ihren eigenen Handarbeitern zu zahlen. Er ruft ihnen folgenden zu: „Dan d'graf, w erde hart!“ Sollen sich nicht es.

Bei dem Kapitel Submissionswägen möchten wir nicht unterlassen, auch der Preisentwicklung bei den Militärarbeiten zu gedenken. Alle Beteiligten, Lederverwerksfabrikanten wie Sattlermeister, sollten die Worte des Herrn Reibelschlag zweimal lesen, ehe sie sich wieder an solchen Submissionen beteiligen. Nur ein Beispiel: Die Armeselbst waren ursprünglich einschließlich Strahngurten veranschlagt auf 75 Mark. Heruntergefahren und vergeben wurden sie auf 55 Mark. Heuchlich gestaltete sich die Preisstreiterei bei allen übrigen bergelassenen Militärarbeiten. Wenn ist damit geschehen?

Die schimmlichen Preisrücker haben die größten Kosten erlegt und versuchen nun mit allen Mitteln, trotz der unzureichenden Preise noch Profit herauszuschinden. Es wird — amerikanisiert, wie die Herren es auffassen; Lohnbrüderlei und Arbeitslosigkeit ist an der Tagesordnung. In einigen Orten haben sich sogar die Kollegen verteilten lassen, durch Verlängerung der Arbeitszeit den unzureichenden Verdienst aufzubessern.

Gehilfen ist mit allen diesen Mitteln niemand. Die Fabrikanten werden beim Abschluß kaum mit den Fräulichen dieser Arbeitspolitik zufrieden sein. Bei neuen Ausschreibungen dürften sie noch lange an den Folgen dieser

unwürdigen Preisstreitereien zu leiden haben. Für die Arbeiterschaft hat keine Entlastung des Arbeitsmarktes stattgefunden, sondern nur Preisstreiterei, verbunden mit unheimlicher Wählerlei. Und die Militärverwaltung? Die Arbeiten sind viel billiger hergestellt worden, wie die Herren es selbst erwarren wollten. Man wird die gemachten Einsparnisse zu anderen Zwecken verwenden können. Sehr bezweifelbar möchten wir allerdings, ob die unter solchen Verhältnissen hergestellten Arbeiten alle vor den Augen einer Militärabnahmekommission vor dem Kriege standgehalten hätten. Nur ein Beispiel: In dem Heft 2 der „Allgemeinen Tapeziererzeitung“ ist aus einem Protokoll der Sattler- und Tapeziererinnung, Bezirk Pforzheim, zu ersehen, daß von 10000 Aufstellbecken, die das Land Baden vom Keresamä Berlin in Auftrag bekam, nur 1000 Stück abgenommen wurden. Zum Teil soll es am Leder, zum anderen Teil an den Beschlägen liegen und steht noch ein großer Teil in der Werkstatt in Aussicht. Eine Förderung der Wirtschaft bringen solche Wortumstände auf keinen Fall.

Der Artikel des Herrn Reibelschlag schließt mit der Ermahnung, nach angemessener Bezahlung zu streben. Er sagt:

„Unser Handwerk, wohl geschädigt und mitbetroffen von der allgemeinen wirtschaftlichen Krise, ist trotzdem keines, das auf Abbau gestellt wäre, und darum haben wir auch nicht nötig, uns jedem händer- und leibverwundenden Angebot demutsvoll und ergeben zu beugen.“

Dasselbe müssen wir auch für die Gehilfen in Anspruch nehmen. Preispolitik, Lohnpolitik, Lehrlingsfragen gehen die Gehilfen genau soviel an wie die Meister. Auch wir wollen nicht demutsvoll und ergeben alles hinnehmen, was uns geboten wird. Der einzelne kann allerdings nichts dabei erreichen. Nur der Zusammenschluß in der Organisation kann uns helfen, den Schädlingen erfolgreich entgegenzutreten.

Das schwarz-blaue Regierungskabinet.

Die neue Regierung hat sich am Donnerstag, den 3. Februar, im Reichstag vorgestellt. Die Zusammenlegung hat insofern eine Veränderung erfahren, daß Herr Graf nicht bestalligt wurde. An seiner Stelle ist Herr Bergl Kultusminister geworden, und des Innenministerium hat man Herrn v. Kuebel gegeben. Aus der Erklärung des Herrn Reichskanzler Marx ging hervor, daß an der bisher eingehaltenen Linie in der Politik festgehalten werden soll. Bemerkenswert ist folgendes daran: Reichskanzler und Außenminister würden dem an sie ergangenen Rufe zur Übernahme ihrer Ämter nicht mitzprechen haben, wenn sie nicht durch die gefährten Verhandlungen über die Regierungsbildung die feste Gewähr dafür besäßen, daß die bisherige Außenpolitik im Sinne der gegenwärtigen Verhältnisse von allen Mitgliedern des Kabinetts einstimmig gebilligt wird und daß hinter dieser einstimmigen Billigung diejenigen Fraktionen stehen, welche die Regierung unterstützen.

Wichtigste der Arbeitslosenfrage soll ernstlich angestrebt werden, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern und ihre Lage zu verbessern. Die Regierung will größere Arbeitsaufträge, namentlich durch Eisenbahn und Post, herausbringen. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz soll möglichst nach vor dem 1. April verabschiedet werden.

Im Arbeitsrecht soll die Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer mehr zur praktischen Auswirkung gebracht werden. Bei entsprechenden Vorgehen der westeuropäischen Industrieländer sei man auch zur Realisierung des Wohlgehörten Abkommens bereit. Das Wohnungschutzesverfahren soll langsam abgebaut werden! — Auch von einer Verbesserung der Wohnungen der

Handarbeiter war die Rede und von besseren Löhnen, eine vermehrte Einstellung der Arbeiter auf dem Lande zu erzielen. Auch dem Artikel 186 der Reichsverfassung soll bei der Rechnung getragen werden durch die dort vorgesehene Mitwirkung der Arbeiter in der Wirtschaftsführung. Auch in der Justiz- und Reichspflege soll reformiert werden, ein Gesetzentwurf über den Strafvollzug soll im Frühjahr dem Reichstag zugehen. Das erweiterte Vertrauen zur Justiz will die Regierung wiederherstellen, doch die Unabhängigkeit des Richterstandes soll dabei gewahrt werden usw.

Es scheint, als ob man in diese Erklärung nicht allzu großes Vertrauen setzen darf, denn der Redner der Deutschnationalen, Graf Westarp, bestritt, daß die grundsätzliche Einstellung auf die Ziele des Programms seiner Partei in keiner Weise in Aussicht gestellt worden sei. Auch sei das sogenannte Zentrumsministerium überhaupt nicht Gegenstand der Verhandlungen gewesen, und man habe auch gar kein Bekenntnis zu den darin aufgestellten Grundfragen abgelegt.

Die Rede dieses Grafen Westarp wird mit Recht als eine unerhörte Provokation des Reichstags und des Zentrums insbesondere bezeichnet. Dieser schwarzblaue Bürgerkrieg ist schon bei seiner Geburt fernal und kann unmöglich ein langes Leben fristen. Man darf gespannt sein, was nunmehr folgt, wie das Zentrum sich dazu stellt, ob es dem Grafen, der sich schon als der eigentliche „Herrscher“ aufstellt, auf dieses Längden, das er gewagt hat, gehörig heimleuchtet. Mißtrauensanträge sind bereits von den Demokraten, den Sozialdemokraten und den Kommunisten eingebracht worden.

Wir müssen uns mit diesem kurzen Situationsbericht in dieser Nummer begnügen. Es kommt jetzt alles darauf an, wie das Zentrum die Provokation bewertet. Richtig es dieselbe so hin, dann ist seine Rechtschwerung nicht mehr aufzuhalten. Dann gibt es keine Umkehr, dann muß es sich schon selbst in die Hände binden, dann muß es schon zur Tatlage geworden ist, daß das Zentrum in Mitleidigkeit zu den Deutschnationalen unter Führung eines Westarp geraten ist.

Es ist jedoch immer noch erfreulich an der ganzen Hofe, daß dieser Graf in solch dummdreier Weise den wahren Charakter dieser Deutschnationalen Sattler enthüllt hat!

Die Verwaltungsstelle Leipzig im Jahre 1926.

Die wirtschaftliche Entwicklung, die sogenannte Nationalisierungskrise mit ihren Begleiterscheinungen Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit, wirkte sich wie im allgemeinen in auch innerhalb unserer Verwaltungsstelle aus. Die wirtschaftliche Einschränkung der angestellten Bezahlung in Lohn und Gehalt. Durchschneidend war ein Bruch der Mitglieder ohne Arbeit, ein weiteres wesentlicher Teil von monatelanger Kurzarbeit betroffen. Wir waren deshalb in die Defensive gedrängt und mußten trotz verteuert Lebenshaltungskosten unsere Kräfte auf die Abwehr der uns von den Unternehmern der verschiedensten Branchen zugehenden Tarifi- und Lohnverschlechterungen konzentrieren. Ständig war unser Streben auf innere Festigung der Organisation und Ausbreitung des gewerkschaftlichen Gedankens gerichtet. Der Verbandstag in Hamburg ebnete durch Verbesserung der organisatorischen Einrichtungen hierzu die Wege. Die erhöhten Beiträge werden heute im allgemeinen getrenntrich in dem Bewußtsein, der Organisation die erforderlichen Mittel nicht vorzuenthalten zu dürfen. Die Werbestärke brachte uns insbesondere im letzten Vierteljahr ganz beachtliche Erfolge. Die auf Grund von Betriebsmitteilungen und Einsprüche

Leistungs-fähigkeit und Alter.

In wissenschaftlichen Versuchen, festzustellen, in welchem Lebensalter der Mensch am leistungsfähigsten ist, fehlt es nicht. Eine Meinung hat diese wichtige Frage aber noch nicht gefunden. Aus den Untersuchungsresultaten geht nur soviel klar hervor, daß für die Leistungsfähigkeit eines Menschen sein Alter nicht die ausschlaggebende Rolle spielt. Einen wertvollen Beitrag zu der Frage liefert Medizinalrat Fischer in der „Mittelsächsischen Wochenschrift“. Nach seinen Feststellungen erreichen bei der Ueberwachung von automatischen Weisfahnen Arbeiter im Alter von 1 bis 20 Jahren 93 Proz. der theoretischen Höchstleistung. Arbeiter von 20 bis 30 Jahren kamen auf 94,2 Proz., von 30 bis 40 Jahren auf 95,1 Proz. und Arbeiter von 40 bis 50 Jahren auf 95,2 Proz. Diese Feststellung zeigt, daß es falsch ist, anzunehmen, wie das fast allgemein geschieht, daß der Mensch mit 40 Jahren keine höchste Leistungsfähigkeit erreicht habe. Auch bei den Untersuchungen von Fischer ist ein hoch in den fünfziger Jahren lebender Arbeiter noch ein wenig leistungsfähiger als ein zwanzigjähriger. Was bei der Ueberwachung von automatischen Weisfahnen der Fall ist, gilt allerdings nicht für alle anderen Arbeiten. Wo größere Anforderungen an die Körperkraft gestellt werden, ist der jüngere Arbeiter dem alten an Leistungsfähigkeit überlegen. Welcher kommt es natürlich auch darauf an, ob der Arbeiter seiner körperlichen und geistigen Veranlagung nach für die Arbeit eignet.

Das Schlagwort.

Es gibt unserer Zeit das Gepräge. Das zeigt uns der Kampf des politischen Gegners. Schlagwort, Redensarten mit Schlagwortcharakter, inhaltlos, seelenlos, geistlos. Wo wir noch suchen, Großes zu zeigen, neue Dingen und Wege zur Kultur zu weisen, darüber geht der Gegner mit einem Schlagwort hinweg. Er hat stets gesagt — wie er glaubt —, weil er eben das Schlagwort uns entgegenwarf.

Wie arm aber die Welt, der ein Schlagwort genügen kann. Je größer und herrlicher ein Ziel ist, um so mehr müssen wir es zeichnen und erklären und verständlich machen, und je mehr wir es erdruert sind in die Tiefe einer Ueberzeugung, um so eingehender ist es, all das Schöne und Hehre in Worte zu kleiden, das uns die Tiefe der Ueberzeugung hat schauen lassen.

Hatten wir alle nicht schon einmal Stunden tiefsten Gedankens und heiligster Ehrfurcht? Und wie war dann unser Wort, unsere Sprache? Ach, wie arm! Zu arm, um dieses große Erleben in Worte zu kleiden. Uns blieb nichts als ein Stammeln, und nur was dahinter war, das war das Große.

Der seine Welt mit drei Worten zu sagen versteht, der hat nichts zu sagen. Wohl brauchen auch wir in unseren Kampfe Worte, Definitionen, doch nicht als leere Formeln und Begriffe. Sie sind der Rahmen für ein hartliches Bild. Sie sind die großen Mittel für eine herrliche Ueberzeugung.

Sozialismus? Ja! Doch ein Wort, hinter dem steht eine unendliche Welt. Eine Welt voller Freiheit und Güte, voller Wunder an Seele und Geist. Wir müssen in die Schönheit der sittlichen Tiefe dringen. Dann erst erleben wir sie.

Arbeit und Sport.

In der Gewerbebedingung hat man sich jahrelang mit den Schädigungen durch das gewerbliche Leben beschäftigt und dabei die politische Seite, wie sie die Arbeiterphysiologie darstellt, vernachlässigt. Neben der natürlich auch notwendigen Beschäftigung mit dem gewerblichen Gesundheitschaden studiert die Gewerbebedingung jetzt auch mehr als früher die gesunde Arbeitsmöglichkeit. So behandelt Dr. Fischer z. B. im „Zentralblatt für Gewerbehygiene“ seine Untersuchungen, die er durch sinematographische Aufnahmen von unbeeinträchtigten Arbeitern gemacht hat, um hieron die Bewegungen und den ökonomischen Gebrauch der Kraft zu studieren. So hat er beobachtet, daß sich die Arbeitsbewegungen des Geistes durch Kürze der Bewegung und Ausschaltung von unnötiger Muskelkraft

unterscheiden. Der Geistes arbeit ökonomischer. Darin ist besonders die Arbeitsweise der Lehrlinge und die anderen Dingen nicht nur unökonomisch, sondern auch ungesund. Mit den leichten beginnend, müssen die Lehrlinge zu dem Gebrauch der Werkzeuge, wie Dr. Fischer schreibt, angelernt werden. Auch sind die Arbeitstätigkeit hoch. Die Arbeitstätigkeit sind, genau so wie in den anderen, auf die Erwachsenen eingeleitet.

Das aber führt, genau so wie die einseitige Beanspruchung von wenigen Muskelgruppen, gerade bei den Jugendlichen oft zu körperlichen Mißbildungen. So, wie einseitige Muskelbeanspruchung kann selbst beim Schwimmen zu Fettleibigkeit führen, die wieder Kreislaufstörungen und vorzeitige Abnutzung der Muskulatur im Gefolge hat. Das gleiche gilt auch für Feinarbeiter.

Darum verlangt Dr. Fischer besonders für die Jugendlichen bei den Lehrlingen nach dem Beruf in die Körper gewährt wird.



Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft. In einer höheren Phase der kommunikativen Gesellschaft, nachdem die inwendige Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch im Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch Produktionskräfte gewachsen sind, und alle Springbrunnen des gesellschaftlichen Reichtums voller fließen — dann kann der enge bürgerliche Rechtsbegriff ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Bedürfnisse: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen! Carl Marx

Betrieb und Wirtschaft

Funktionäre, Mitglieder, Kolleginnen und Kollegen!

Denkt daran, daß die Betriebsräte wählen baldigst stattfinden müssen. Betriebsräte und Betriebsobmänner sind auf dem Posten. In den Monaten März und April sind die Neuwahlen der Betriebsräte vorzunehmen. Trefft die Vorbereitungen zur Wahl, denn der Wahlvorstand muß vier Wochen vor Ablauf der Wahlperiode durch den amtierenden Betriebsrat gewählt werden. Vergeßt nicht, alle eure Maßnahmen sorgfältig und sachlich zu protokollieren, denn bei Differenzen und Streitfällen ist es ausschlaggebend, daß man alle Maßnahmen beweisen kann. Wahrt die Rechte der Arbeiter, macht Gebrauch von euren gesetzlichen Rechten, kein Betrieb ohne Betriebsrat oder Betriebsobmann!

In allgemeinen bitten wir die Mitglieder, auf die Termine zu achten, die von den Ortsausgüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für ihren Wohnbezirk bezüglich der Betriebsratswahlen bekannt gemacht werden. Wahrscheinlich sind die Richtlinien und Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses von Leipzig im Jahre 1922. Auf zur Arbeit! Wählt überall Betriebsräte, denn am 1. Juli 1927 tritt das Arbeitsgerichtsgesetz in Kraft, dann besteht für die Betriebsvertreter eine einschneidende Rechtsstellung, an der sie Recht suchen können. Deshalb nochmals: Wählt überall tüchtige Kollegen als Betriebsräte.

Wiedereinstellen von Betriebsräten.

In einzelnen Betrieben der Automobilindustrie wird nach berühmtem Muster rückwärtslose Profitwirtschaft ge-

trieben, indem man nicht die Produktionsweise auf An- gebot und Nachfrage regelt und ausgleicht, sondern raub- baumäßig das Lohn- und Unkostenkonto auf das aller- mindeste herabdrückt. Durch Anwendung der primitivsten Arbeitsverteilung wird versucht, auf keinem Wege die in Auf- trag gegebenen „Serienwagen“ fertigzustellen. Ist die Serie erledigt, so werden die Beschäftigten einfach auf die Straße geworfen. Wenn wieder eine Serie Auf- trag sand, dann beginnt das Spiel von neuem. Würden öfters diese Art Betriebe unter die kritische Lupe genommen werden, dann würde sich herausstellen, daß es immer dieselben sind, die alljährlich mit diesen Praktiken arbeiten. Bei der Wiedereröffnung versucht man die Mißliebigen abzu- schieben, und besonders hat man es dabei auf die Be- triebsräte abgesehen. Kann man ihnen auch sonst nichts an Zeug finden, es genügt schon, wenn man ihnen Schwie- rigkeiten macht. Reflektiert man doch darauf, dadurch den Betrieb und die eventuell nachfolgenden Betriebsräte fette zu machen. Diese Praxis ist dem Selbst-Automobilwerk- schaft bekannt. Dieses hat trotz Einwand die Wieder- einstellung der Betriebsräte hinausgeschoben, nachdem der Betrieb eine Zeilung rührte. Die Sache beschäftigte das Gewerbeamt Hameln, und dieses verurteilte die Firma, an die so lange außer Arbeit gehaltenen zwei Betriebsräte den Lohnausfall nachzu zahlen. Bei dem einen macht es 300 Mark, bei dem anderen 300 Mark. Die Wieder- einstellung braucht nicht verweigert zu werden, denn beide waren mittlerweile wieder eingestellt worden. Die übrigen, auch erst später eingestellten Betriebsratsmitglieder werden ebenso ihre Ansprüche auf Lohnnachzahlung stellen. Andererseits lehnt der § 73 des Betriebsrätegesetzes nicht sogleich vom Betriebsrat der Firma beachtet werden zu sein, denn nach diesem Paragraphen haben die als Auf-

sichtsratsmitglied bestimmten Betriebsräte das Recht, Anträge auf Einberufung des Aufsichtsrats zu stellen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats hat die Pflicht, dem nach- zukommen. In dem Aufsichtsrat haben die Betriebsräte beratende und beschließende Stimme. Diese Einberufung hätte sicher erreicht, gegenüber der schlechten Beratung der Firma ausflüchtig zu wirken.

Lücken im Betriebsrätegesetz.

Wie aus der Betriebsrätepraxis hervorgeht, hat das Gesetz sehr viele Lücken, die von den Unternehmern und zum Teil auch von den Berichten in jeder Weise gegen die Arbeiter ausgenutzt werden. Insbesondere haben es die Unternehmer vielfach verstanden, die Wahl von Betriebs- räten zu verhindern, indem alle Personen, die sich bereit fanden als Wahlvorsteher zu fungieren, entlassen wurden. Es wird deshalb ein ausreichender Schutz gegen solche Entlassungen gefordert werden müssen. Des weiteren fehlen Bestimmungen, die es ermöglichen, für die neugebil- deten großen Unternehmungen (Konzernbetriebe) Gesam- betriebsräte zu bilden, was unbedingt notwendig wird. Auch die Zahl der Mitglieder im Aufsichtsrat dieser Kon- zerne muß erhöht werden, damit die Betriebsräte einen angemessenen Einfluß erhalten. Auch fehlt noch eine organische Verbindung der Betriebsräte mit dem Reichs- gewerkschaftsrat, die erforderlich ist, wenn schon das Räte- system den Zweck erfüllen soll, zu dem es geschaffen ist: den Ausbau der Wirtschaft zum Wohle der Gesamtheit fördern zu helfen.

lungen eintretenden Mitgliederverluste konnten voll aus- geglichen werden. Mitgliederbestand am Anfang des Jahres 1920 männliche und 549 weibliche, am Ende des Jahres 1921 männliche und 335 weibliche Mitglieder. Die Fluktuation ist leider noch ganz beträchtlich.

In der Lederwaren-, Reise- und Sportartikelindustrie gingen die Fabrikanten aufs Ganze. Sie kündigten im Frühjahr den Vertrag und forderten weitgehende Ver- änderungen. Durch Spruch des Tarifrats wurde ein neuer Vertragseinstwurf geschaffen, den das Reichsarbeits- ministerium für verbindlich erklärte. Dieser Zwangsver- trag war in unserer Hand ein wichtiges Instrument zum Festhalten der bisher innegehabten Positionen. Das be- weist die große Zahl der Streitigkeiten, welche die Tarif- instanzungen zu erledigen hatten. In insgesamt 13 Sitzungen wurden 58 Fälle verhandelt, die in 15 verschiedene Firmen am Orte betrafen. Oft mußten wegen Tarifverträgen Vertragsstrafen ausgeworfen werden. Leider fanden diese Maßnahmen auch gegen verschiedene Mitglieder unserer Organisation Anwendung. Umgehung des Nachnahmeweses zur Ausführung verbotener Heimarbeit daran die Gründe hierfür. Die bevorzugte Verwendung von jungen Hilfs- kräften beiderlei Geschlechts stellt leider den Facharbeiter- kollegen immer mehr außerhalb des Produktionsprozesses. Im geringem Umfange wurde am Orte Militärarbeit aus- geführt. Dies führte wegen der arg gedrückten Arbeits- löhne verschiedentlich zu Differenzen.

Auch die Setzler der Tapezierer sind während des ganzen Jahres unter großer Arbeitslosigkeit. Viele Klein- drucker mußten selbst stempeln gehen. Trotzdem vermehrte sich die Zahl der Bezahlungen im Laufe des Jahres um die Hälfte, so daß heute bei einer Zahl von 250 Gehilfen insgesamt 150 Gehilfen ausgespidet werden. Zu allem be- drückend die jährlichen Tapeziererinnungen die generelle Einführung der vierjährigen Lehrzeit für das Gewerbe. Die von uns geltend gemachten Einwendungen (siehe unten) sind hier zur Bekämpfung der Innungsgesetze, wie sie sich aus der Gewerbeordnung ergeben, dringend not-wendig. In den Stapelbetrieben kam es wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages in verschiedenen Fällen, insbesondere bei der Firma Walter Goldmann, zu ernstlichen Verwän- dungen, welche die Gerichte zurzeit beschäftigen. Bei Eng- pässen, welche die Gerichte zurzeit beschäftigen. Bei Eng- pässen, welche die Gerichte zurzeit beschäftigen. Bei Eng- pässen, welche die Gerichte zurzeit beschäftigen.

Die Automobilindustrie umfaßt am Orte nur zwei Groß- betriebe, die schwer von der Krise betroffen wurden. Diese werden gegenwärtig mit stark vermindertem Beschäftig- tungsfortschritt. Die Kollegen am Ort trafen für Abbil- dung des Mantelvertrages sowohl als auch des Lohn- vertrages ein, doch mußte dieselbe wegen der Gesamtlage unterbleiben. Im Frühjahr trat durch endgültigen Scheitern einer Tarifschlichtungsstelle eine Reduzierung der Hilfsarbeiterlöhne ein, die nicht abgewehrt werden konnte. Eine Sitzung der Tarifschlichtungskommission behandelte verschiedene Streitfragen.

Die Treibriemensfabrikanten stellten wiederholt An- träge auf Lohnabbau, die durch Spruch des unparteiischen Schlichtungsorgans abgewehrt wurden. Neuerdings stellte eine Firma Bezahlung als billige Arbeitskräfte ein. Diese sind als Ausgelernete natürlich kein Fortkommen. Mit Hilfe der Behörde werden wir versuchen, die Annahme weiterer Bezahlungen zu unterbinden. Die handwerksmäßigen Geschirrfabrikanten triffen ihr Schicksal nur durch schamlose Ausbeutung des Nachwuchses. In vielen Fällen mußte die Gewerbeaufsichtsbehörde un- nennig lange Arbeitszeit abstellen. Die Jugendabteilung nahm einen weiteren erfreulichen Aufschwung. Die Veranstaltungen wurden mehr dem Ge- müt des jugendlichen angepaßt. Musik und Gesang

fanden Eingang in den Heimabenden. Größere Wände- rungen brachten die Jugendlichen der Natur nahe. Eine Zweitagesfahrt nach Thüringen kann als gelungener Ver- such bezeichnet werden. Auch die Mädels scharen sich unter unser Wimpel. Für das kommende Jahr wollen wir ein Jugendtreffen für den gesamten Verband anregen. Die Abteilung umfaßt 55 Sattler- und 40 Tapeziererlehrlinge, sowie 15 ungetraute männliche und 40 weibliche Jugend- liche, also insgesamt mit 150 Personen etwa 10 Proz. der Mitgliedschaft am Orte.

Der Erläuterung der Tätigkeit der Ortsverwaltung mögen folgende jahresmäßige Angaben dienen: Es haben stattgefunden 10 Mitgliederveranstaltungen, 9 Branchens-, 3 Arbeitslosen-, 16 Jugend- und 43 Betriebsversammlun- gen, insgesamt 81 Versammlungen, ferner 26 Vorstands-, 16 Vertrauensmänner- und 14 sonstige Sitzungen, ins- gesamt 69 Sitzungen. In Verhandlungen hatten wir zu- führen 21 Lohn- und Tarifverhandlungen, 12 Verhand- lungen mit Eingangsfirmen. In 61 Fällen haben wir sta- gende Mitglieder vor den Gerichten vertreten. Die aus- getragten Summen gehen in die Tausende. Die Zahlen verkörpern eine Umkehrung von Kleinarbeit, die nur ber- senger richtig einschätzen vermag, der als Funktionär dem Rufe der Verwaltung sich nicht entziehen und praktisch mit- gearbeite hat. Der gegenwärtige organisatorische Stand der Verwaltungsstelle kann als durchaus befriedigend be- trachtet werden. Nicht zuzurechnen sein können wir mit der Anteilnahme der Mitgliedschaft am gewerkschaftlichen Leben. Der Versammlungsbesuch läßt viel zu wünschen übrig. Alle gewerkschaftliche Grundgröße werden von den Kollegen nur allzu oft mit Füßen getreten. Das erschüt- tert selbst die allgemeine unangünstige Situation nicht. Hier muß Arbeit geschaffen werden. Die politische Situation im Reich sowohl als auch in Sachsen sollte auch den Trägern von der Notwendigkeit zuger organisatorischer Tätigkeit befehlen. Die großen, den Gewerkschaften bevor- zulegenden Aufgaben sind nur mit Einsatz aller mobilien Kräfte zu bewältigen. Dann werden wir als Organi- sation nicht nur zu Zeiten offener Kämpfe, sondern jeder- zeit unserer Gegnern im Wirtschaftsleben Achtung ab- bringen.

W. Frahnert.

Die Zukunft der britischen Gewerkschaften.

Ueber die Zukunft der britischen Gewerkschaften ver- breitet sich im „Vorwärts“ vom 2. Februar Arthur Pugh, der Generalsekretär der britischen Metallarbeitergewerks- chaft. Man müsse mit der Tatsache rechnen, daß der große Streik ernsthafte Folgen nach sich ziehen wird. Das Wachsen der Gewerkschaften habe Furcht und Widerstand bei den anderen Klassen hervorgerufen, die konservativen Partei fordere Einschränkungen der Möglichkeit, wirtschaft- liche Konflikte herbeizuführen, also Entrechtung der Ge- werkschaften. Es sei daher zu erwarten, daß die Gewerks- chaften einen großen Kampf führen müssen, um ihre gegenwärtigen Rechte zu verteidigen. Das sei zwar kein Grund zur Besorgnis, denn dadurch würden die Gewerks- chaften erfahrungsgemäß nur an Macht gewinnen. Doch die Verteilung würde die Aufmerksamkeit derart in An- spruch nehmen, daß dadurch andere fundamentale Fragen der Organisation zu kurz kommen.

So besteht der Wunsch den Fragen der Führerschaft größerer Beachtung zu schenken. Auch den Weisheiten in der Behandlung von Lohnfragen, Anwendung der Waffe des Streiks muß die Aufmerksamkeit zugewendet werden. Ein weiterer wichtiger Punkt sei die Erkenntnis, daß wirtschaftliche Mißstände zum großen Teil mit den Be- dingungen, die in anderen Ländern herrschen, verbunden sind, und daß der nächste Ausglick nur auf internationalen Einlen wirksam vollbracht werden kann. Auch die Erkenntnis sei bei den Gewerkschaftsmit- gliedern im Wachen, daß das Gewerkschaftswesen fähig sein muß, konstruktive Mitarbeit an der Lösung wirt- schaftlicher und industrieller Probleme zu leisten. Es sei

allzu leicht, den Gewerkschaften die Schuld zuzuschreiben an dem Streik und der Unruhe, die zurzeit in der In- dustrie herrschen. Das sei die Reaktion der Gewerkschaften und die Anklage des Vorgehens gegen die Gewerkschaften, um deren Macht zu beschneiden. Diese Veruche werden von den Gewerkschaften beantwortet, indem sie einen neuen Geist und neue Methoden in die Industrie einführen und die autoritäre Herrschaft abschaffen wollen, die ein charakteristisches Merkmal der privaten kapitalistischen Wirtschaft ist.

Es ist die bewußte Absicht von Millionen von Ar- beitern, eine wirtschaftliche Demokratie zu verwirklichen, die parallel läuft zur politischen Demokratie. Die Arbeiter werden sich immer mehr der Notwendigkeit bewußt, grund- legende Veränderungen in der Kontrolle der Organisation der Industrie vorzunehmen. Die Gewerkschaften existiert lediglich um den Lebensstand und die Arbeitsbedingun- gen für den Arbeiter zu erhalten und zu verbessern, sondern beabsichtigt auch, für die Arbeiter einen neuen Status zu gewinnen und ihre industriellen Organisa- tionen zu einem wesentlichen Teil der Maschinen zu machen, welche die Produktion und die Verteilung des Wohlstandes reguliert.

Die Stellung zum Unternehmertum wird dadurch eine Veränderung erfahren, das Streikrecht wird aber nicht auf- gegeben. Der Streik bleibt das letzte Argument der Ar- beiter im Widerstand gegen die Autokratie des Kapitalis- mus.

Aber Pugh glaubt, daß die Anwendung des Streiks als eine Waffe, die die kapitalistische Gesellschaft zu be- seitigen und zur Durchführung revolutionärer Ziele der Gewerkschaften bei den britischen arbeitenden Klassen keine Unterstützung finden wird.

Die Idee des Generalstreiks sei der britischen Gewerks- chaft niemals als ein Instrument der Politik, als eine praktische Methode, um zum Ende zu gelangen, erschienen. Die britischen Arbeiter ziehen es vor, politische Ziele durch die Arbeiterpartei zu erreichen, und der Generalstreik ist mehr ein politisches als ein industrielles Ziel. Er, Pugh, habe als Präsident des Gewerkschaftskongresses auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Lohnpolitik wissenschaftlich zu formulieren, die immer notwendiger wird, je mehr wir uns der Uera der nationalisierten Industrie nähern.

Wenn die Gewerkschaften instand sind, eine Methode zu erfinden, mit deren Hilfe die Löhne bestimmt werden können; nicht, wie es jetzt geschieht, durch ein Wettren- nen zwischen Arbeitern und Unternehmern, sondern durch Anwendung wissenschaftlicher Prinzipien im Ver- hältnis zur Zahlungsfähigkeit der Industrie und dem Stand der Produktion. Diese in Verbindung zu bringen mit ethischen und sozialen Ideen, die das Ziel haben, einen angemessenen Lohn zu sichern. Wenn dies das vernünftliche können, dann werden wir meiner Meinung nach in der Entwicklung des Gewerkschaftswesens als einem Bestand- teil industrieller Ordnung und Stabilität weitere Fort- schritte machen.

Wir sehen, daß die Frage der Beteiligung der Ge- werkschaften an der Wirtschaftsführung auch in England immer brennender wird. Wenn sie auch von den Befür- wortern der Diktatur des Proletariats als eine Vertirung, als Utopie bezeichnet wird. Die politische Partei mag sich Ziele setzen, wie es ihr beliebt, die Gewerkschaften haben ihre Tätigkeit abzuwägen im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit.

Die Gewerkschaftspresse im Lichte der Kritik!

Am 1. r. 1 der „Arbe-“ schreibt Jakob Altmeyer über die Gewerkschaftspresse. Er habe sich mal fünfzehn Gewerkschaftsblätter herausgegriffen und auf Form und Inhalt angesehen. Dabei habe er einen Blick in eine Wüste getan, in der nur einzelne grüne Däse das Auge erfassen und das Herz beleben. Die meisten Gewerkschaftsblätter wür- den in einer an Unleserlichkeit kaum zu übertreffenden Art

hergestellt. Mit wenigen Ausnahmen eine Schrift, die den Augen weh tut, sobald man nur darauf schaut. Wie es sein soll und nicht sein soll, lehrt ein Vergleich zwischen „Korrespondent“ oder „Hutmacher“ und dem „Schachmacher“. Er schildert dann den Inhalt der eingeschickten Zeitungen und rezipiert: Was ist darin zu lesen? Mit Ausnahme der kurzen Rundschau und einem Wirtschaftskreislauf (lediglich Berufsangelegenheiten, beleuchtet von der juristischen, parlamentarischen, gewerkschaftlichen und technischen Seite. Wer liest das, wer kann es lesen, und wenn er es gelernt hat, wie soll er das verwenden? Die Artikel wären zum Teil endlose, unübersichtliche Wandwörter, in denen sehr vieles falsch verstanden wird, weil es so unpopulär geschrieben ist. Ein Gewerkschaftsorgan soll nach Meinung des Jakob Altmeyer gleichzeitig auch für die Frauen und Kinder der Gewerkschaftsmitglieder Unterhaltungsorgan sein und ihre Neugierde wachrufen. Die „Nachbeterzeitung“ sei darin vorbildlich. Es darf keine Gewerkschaftszeitung ohne gut gewählten Unterhaltungsbeitrag geben, deshalb sollen die Gewerkschaften sich mehr geübte Journalisten heranziehen. Tausende drücken sich heute in bürgerlichen Redaktionen herum und würden dort zu Lohnschreibern des Kapitals und dadurch trümpelieren, obwohl die große Mehrheit der Arbeiterbewegung entfiel.

Zweifellos hat der Verfasser des Artikels in mancher Hinsicht Recht mit seiner Kritik, doch eins schiedt sich nicht für alle. Die Interessen des einzelnen Verbandes sind in erster Linie inhaltlich bestimmend für das Verbandsorgan. Da wird der Berufsteil die Leser resp. Mitglieder doch wohl am ersten interessieren und fesseln. Unterhaltungsorgan bieten bereits die Tageszeitungen genug, abgesehen von der rein belletristischen Zeitungsliteratur, mit welcher die Menschheit heutzutage geradezu überschwemmt wird. Und darunter gibt es auch genug mit sozialistischer Tendenz, die nicht immer ansprechen.

Die verschiedenen großen Gewerkschaften könnten allerdings in Bezug auf Ausstattung ihrer Verbandsorgane etwas mehr aufweisen. Die „Hutarbeiterzeitung“ ist seit dem 1. Januar vorbildlich vorangegangen. Meistens liegt aber der Knäuel beim Hund, und die Redakteure müssen sich mit der Decke begnügen, die ihnen zugelandet wird. Es lassen sich leichter Kritikpunkte erheben, wenn man die Schwächen nicht unberücksichtigt läßt, mit welchen die Gewerkschaften in den letzten Jahren zu kämpfen hatten. Diese müssen und sie werden überwinden werden, dann werden die Verbandsorgane auch für ihre Presse wieder Mittel aufweisen können. Altmeyer bricht eine Lanze für die Heranziehung von Berufsjournalisten zur Bearbeitung der Gewerkschaftspresse. Wer Geistesfreiheit hat, die Unterhaltungsorgan veränderter sozialistischer Tageszeitungen zu verweigern, wird wohl auch nicht immer reiflos von dem Gebotenen befreit sein. Darunter ist viel Gefährliches hergesteuert, ist auch nicht gerade sehr reizvoll. Es gibt bestimmt nicht viele Persönlichkeiten von den Qualitäten des Redakteurs der „Nachbeterzeitung“. Th. Thomas, Selbstverständlich soll auch eine Gewerkschaftszeitung technisch sauber und in gut lesbaren Schrift hergestellt sein. Und auch die Ausstattung, das äußere Bild einer Zeitung kann Wohlgefallen hervorrufen. Da eine solche Zeitung dann mehr gelesen wird, bleibt trotzdem noch fraglich, denn dazu gehört eben größeres Interesse an der Bewegung. Dieses Interesse an der Gewerkschaft, wie an der gesamten Arbeiterbewegung zu wecken, ist die vornehmste Aufgabe der Gewerkschaftspresse. Hierzu bedarf es aber der Propaganda durch die Mitglieder der Verbände selbst, die von der Notwendigkeit der Organisation und der Aufklärung der noch fernstehenden oder neugewonnenen Arbeiter überzeugt sind.

Bei der totalen Frustration, dem unaufhörlichen Kommen und Gehen in den Gewerkschaften, bleibt nur ein gewisser Prozentsatz aller ständiger Mitglieder als fester Stamm. Im allgemeinen muß deshalb vieles wiederholt werden, was den alten Lesern wohl bekannt, den neuzugewonnenen aber neu ist.

Wir wissen sehr wohl, daß nur eine kleine Anzahl unserer Gewerkschaftsangehörigen politisch organisiert sind und eine Parteizugehörigkeit. Deshalb muß die Gewerkschaftszeitung manches bringen, was bereits in der Tagespresse enthalten hat. Na, und wer täglich die Zeitungen verfolgt, muß, der findet auch bald heraus, wie hoch die eigene Aspiration zu veranschlagen ist, die dort offenbart wird.

Doch um auf das rein Sachliche zurückzukommen, der Umstand, daß selbst große Verbände noch immer ihre Wochenblätter nur im Umfang von vier Seiten herausbringen, ist Beweis genug dafür, daß diese Organe noch des Ausbaues bedürfen.

Man behält sich recht und schlecht, weil die Mittel der Organisation vor allem gebraucht werden für den Kampf um die Lebensbedingungen. Unter diesen Umständen muß das Berufsblatt, das speziell Gewerkschaftliche, die Gewerkschaftsorgane inhaltlich der vier Seiten am meisten befüllen, bis der Umfang erweitert werden kann. Und was den Umfang betrifft, das trifft auch zu auf die Aufmachung.

Vor der Kriegs- und in der Inflationszeit, als unser Organ 3 B. noch acht Seiten stark erscheinen konnte, haben wir vornehmlich Korpus- und Berichtschrift verwendet, die natürlich besser zu lesen ist als Bellischrift. Weil aber bei vier Seiten Umfang auch das Aktualste der Zeitfragen behandelt werden muß, mußten wir zur Bellischrift greifen. Je eher, je tiefer würden wir davon zurückkommen, dazu bedurfte es aber nicht der hahnrednerischen Rathschläge, wie sie sich Herr Altmeyer in der „Arbeit“ zu erlauben gerührt. Wir haben, um mehr Raum zu gewinnen, sogar die Aufnahme von Anfragen, selbst von Stellenangeboten abgelehnt. Das ist doch Beweis genug, daß auch in anderen Verbänden die Sachen ähnlich stehen.

Weiter ist auch zu bedenken, daß die Gewerkschaftsorgane doch nicht speziell für den Mitgliedskreis in der Großstadt gemacht werden. „Kollongemacht“, wie Herr Jakob Altmeyer sich geschmackvoll ausdrückt. Gerade die Gewerkschaftspresse dringt in viele Orte, wo keine Parteipresse existiert, wo die Bevölkerung nur die reaktionäre Provinz-

presse hält. Dort wirkt die Gewerkschaftspresse direkt bahndröhnend!

Wie der Inhalt der einzelnen Gewerkschaftsorgane beschaffen ist, bestimmen, wie schon bemerkt, in erster Linie die speziellen Berufsinteressen und die Allgemeininteressen der Arbeiterbewegung. Ein geschulter Gewerkschaftszeitungsleiter wird auch den Inhalt so populär gestalten, daß er von den Lesern verstanden werden kann. Es ist eben eine Frage des Könnens, den Lesern in leichtverständlicher Form die Gedanken zu übermitteln, welche die Zeit geboren hat.

Wir wagen es stark zu bezweifeln, ob Berufsjournalisten das besser verstehen würden als Leute, die selbst in der Arbeiterbewegung von der Piste auf (wie man so sagen pflegt) gedient haben.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Altmeyersche Kritik mindestens ganz einseitig ist und in ihrer Verallgemeinerung auch gar nicht auf die Gewerkschaftspresse zu trifft. Es läge sehr nahe, Parallelen zu ziehen mit der Parteipresse und der Zahl der politisch organisierten Parteigenossen. In dieser Hinsicht kann man auch nicht behaupten, daß die Parteipresse die richtige Zugkraft besitzt. Wie sieht's denn in dieser Hinsicht in Frankfurt a. M.?

Korrespondenzen.

Am Generalversammlung vom 22. Januar. Korrespondent Steinemann und Kassierer Wegner erstatteten den Jahresbericht. Das Jahr 1926 war auch für die Ortsverwaltung ein sehr schweres, denn wir hatten bis zu 75 Proz. Arbeitslose. Gouletier Golsch hielt dann einen sehr trefflichen Vortrag, er endete mit den Worten: „Durch Kampf zum Sieg! Durch Nacht zum Licht!“ Dann ehrte Kollege Steinemann die langjährigen Mitglieder Stadtmüller, Opij, Köpf, Böpflinger, Fintbeiner, Döppler, Fricker, Herz, Landshüter und Hützelmeier. Er empfiehlt die jungen Mitglieder zur Raufnahme. Die Neuwahlen ergaben: 1. Vorsitzender Steinemann, 2. Vorsitzender Effenhard, Kassierer Wegner, Schriftführer Sarter, Beisitzer Meßerschmid, Revisorin Fintbeiner, Herz und Streckfus, Hauskassierer Seiler. Steinemann bittet, im neuen Geschäftsjahr den Ausschuß tatkräftig zu unterstützen. Injere regelmäßigen Mitgliedsversammlungen finden jeden dritten Freitag im Monat im „Alten Hafen“, Frauenstraße, statt.

Rundschau.

Die Volksfürsorge hat im Jahre 1926 einen zufriedenstellenden Abschluß zu verzeichnen. Dem Hauptbüro wurden über eine vierel Million Anträge neu eingereicht, in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit ein sehr guter Erfolg. An Versicherungsgebern wurden dreieinhalb Millionen Mark ausgezahlt. Die Arbeit der Volksfürsorge werden den wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiter schatz zugute: „Soziale Baubetriebe“ usw. Dieser Aufschwung der Volksfürsorgeerweiterung erweckt natürlich den Neid privater Unternehmungen. Deshalb reisen deren Agenten oft genug unter falscher Firma, indem sie sich mit den Worten einbringen: „Ich komme von der Volksfürsorge.“ Solchem falschen Treiben gegenüber muß Vorsicht geübt werden. Es muß sich jeder das Material dieser Werber genau ansehen, damit er nicht bei falschen Unternehmungen hereinfällt.

Die Frankfurter Messe. Die Messeleute hat den Widerspruch vieler Geschäftsleute herausgefordert und auch den Bekanntheitsgrad keine große Freude bereitet, denn die gehegten Erwartungen, die man an diese Unternehmungen knüpfte, haben sich nicht erfüllt. Auch in Frankfurt a. M. war die Frage der Beibehaltung der Frankfurter Messe umstritten. Wie jetzt gemeldet wird, hat jedoch der Hauptauschuh der Stadtverordnetenversammlung am 8. Januar einer Vorlage des Magistrats zugestimmt, nach welcher 400 000 Mark als Zuschuß bewilligt werden zur Fortführung der Frankfurter Messe. Es soll in diesem Jahre eine Frühjahrs- und eine Herbstmesse abgehalten werden. Die Offenbacher Lederwarenindustrie ist natürlich stark daran interessiert, hat sie doch das „Haus Offenbach“ errichtet, um dort die Erzeugnisse der Offenbacher Lederwarenindustrie zur Geltung zu bringen.

Bücherchau.

Die Soziale Bauwirtschaft. Der Inhalt ist sehr reich und lesenswert. Im leitenden Aufsatz wird scharf die Notwendigkeit der Rationalisierung der Wirtschaft hervorgehoben, die aber nicht auf Kosten der arbeitenden Volksgenossen zugunsten einiger tausend Industrieller und Kapitalisten, sondern ausschließlich unter dem Gesichtspunkt größtmöglicher Steigerung des Arbeitsertrages und der Lebenshaltung der breiten Massen geschehen müsse, um mit der zunehmenden Kaufkraft die Nachfrage nach den Erzeugnissen und damit die gesamte Erzeugung steigern zu können.

Kritisch beleuchtet wird der gerichtliche abgewiesene Versuch der Dresdener Seifenlegungsunion, Seifenarbeiter zwei Jahre lang von der Arbeit bei den Innungsmessern auszuschließen, weil sie bei der Bauhütte vorübergehend in Arbeit getreten waren.

Im November 1926 waren in den sozialen Baubetrieben 18 406 Arbeiter und Angestellte tätig, je Betrieb 122. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es 15 771, je Betrieb 92. (Der für das Baugewerbe günstige Winter hat eine erhöhte Beschäftigungsmöglichkeit gesteuert. Erwähnenswert ist die vorbildliche Lehrlingsausbildung durch die sozialen Baubetriebe. Einige Abteilungen von Bauten, die die Bauhütte Frankfurt a. d. D. ausgeführt hat, unterstützen die Schilderungen.

*) Monatlich zwei Hefte. Bezugsgebühr für Gewerkschaftler monatlich 0,50 RM.

„Jugend und Beruf.“ Monatschrift zur Förderung der Berufsberatung und Ausbildung Jugendlicher. Herausgeber Dr. R. Liebenberg, Berlin. Carl Heymanns Verlag, Mauerstr. 44. Einzelheft 1,80 Mt., Vierteljahrsheft 4,50 Mt.

Diese Monatschrift kann allen, die mit der Jugendbewegung und Jugendberziehung zu tun haben, auf das Beste empfohlen werden. Das Januar-Heft bietet auf 44 Seiten einen gediegenden Lehrstoff über das weite Gebiet der Jugendberziehungfragen.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

Vom 7. bis 13. Februar ist der 6. Wochenbeitrag fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes!

Mehr als 25 Jahre Mitglied sind:

Berlin. Ernst Fieseler, Treibriemensattler. Dresden. Sattler: 1896: August Baube, 1897: Max Rebo, Paul Fein, Paul Bergs, Paul Wischke, Gustav Darisch, Waldemar Ragner. 1898: Heinrich Gohlmann, Paul Becker, Robert Böhm, Otto Friedrich, Hermann Müller, Ernst Frankel, Albert Regel, Daniel Fomara, Paul Wirth. 1899: Adolf Weiser, Robert Baum, Johannes Gamber. 1900: Ernst Chilian, Johann Rumbold, Karl Harig. 1901: Karl Kämpel, Gustav Heintze, Max Reiche, Feig Steiner, Franz Köth. 1902: Max Schaubert, Heinrich Barisch, Richard Behnhardt, Richard Hübler, Max Neumann, Oskar Nimte, Oskar Großfeld, Max Hartmann.

Tapezierer: 1897: August Eppold, Frh Otto, Max Richter, Heinrich Ziemer, Wilhelm Gietner. 1898: Arthur Hempel, Paul Deichsel, Paul Wagoner, Ludwig Benni. 1899: Bernhard Gerscher, Richard Schäfer, Bernhard Ubig, Heinrich Meyer. 1900: Paul Bräuer, Gustav Winkel, Gustav Großsch, Eduard Malecek, Otto Schneider, Otto Gabler. 1901: Karl Pannock, Otto Knobloch, Heinrich Kueff, Wilhelm Kaulfus, Arthur Kobs, Max Erler. 1902: Karl Stepanoff, Max Mühl, Franz Günther, Ernst Wenzel, Paul Kubisch, Oskar Kolchlan, Oskar Wenzler, Ulrich Kuchada, Max Richter.

Die Kollegen, welche von den Sattlern 1898 und von den Tapezieren 1897 organisiert sind, waren zum Teil vorher in den Fachverbänden.

Kassel: Franz Weyel, Wilhelm Radloff, Wilhelm Kade, Karl Glanz, Heinrich Bod, Wilhelm Wendel.

Wilhelm Felde, Hamburg, 70 Jahre alt. Der Unvermöglische möchtet wir ihn nennen: er kann managen unserer Jungen als Vorbild dienen. Sein Idealismus für die Organisation ist unbegrenzt, und wenn alle Kollegen solche Werber für den Verband wären, gäbe es keine unorganisierten mehr. Wir wünschen dem alten Kämpfer noch recht lange Gesundheit und Wohlergehen.

Adressenveränderungen.

- Allendorf. Vorf.: Emil Baum, Alderstraße 275.
- Bodum. Vorf.: Wilhelm Diefenbrun, Castroppe Straße 212. Kass.: Billi Korte, Grotenstraße 8.
- Erfurt. Vorf.: Walter Schuber, Schachtmeisterstraße 8. Kass.: Emil Vogt, Wellenstraße 8.
- Berlingwalde. Kass.: Karl Grieger, Hilmisdorf 33 C bei Berlingwalde.
- Halle a. d. S. Vorf.: Otto Kunze, Große Märkerstraße 5.
- Hagen i. W. Vorf.: Paul Hattung, Am Walderand 14. Kass.: Ernst Mittelstädt, Eppenhauerstraße 29.
- Kassel. Vorf.: Emil Bohl, Mühlingsstraße 3.
- Cüneburg. Vorf.: Albert Schwarzlose, Barthausenstraße 19 n.
- Lübeck. Vorf.: Hermann Sommer, Martistraße 59.
- Plauen i. V. Vorf.: Frh Häppler, Lessingstraße 71. Kass.: Hans Bauer, Brüderstr. 11 11.
- Spandau. Vorf.: R. Köhler, Brüderstraße 44.
- Striegau. Vorf.: Alfred Schloffer, Bahnhofstraße 21.
- Tilfit. Kass.: Frh Grube, Stromgasse 9, bei Schulz, Feih. Kass.: Ernst Müller, August-Bebel-Str. 21 11.

Verklamungskalender.

Berlin. Freitag, den 18. Februar, abends 7 Uhr. Dresdener Str. 96. Verklammung aller Tapezierer und Schuhgeleh. Außerdem sind wichtige Beschlüsse zu fassen. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht!

Sterbetafel.

Berlin. Am 20. Januar verstarb die Tap.-Näherin Emilie Hennig im Alter von 53 Jahren, Opij im Alter von 20 Jahren. Göttsch. Am 20. Januar starb an den Folgen einer Operation der Sattler Bruno Schulze im Alter von 56 Jahren. Schlagsanfall der Tapezierer Max Säckel im Alter von 55 Jahren. Kassell. Am 22. Januar starb der Tapezierer Wilhelm Ruppold im Alter von 53 Jahren. Celsig. Am 19. Januar starb der Sattler Arthur Walter im Alter von 47 Jahren. Ehre ihrem Andenken!